

Ernährung und Rohstoffbeschaffung

Aus Vorträgen im Niederösterreichischen Gewerbeverein.

Wien, 20. Dezember.

Die Lebensmittelversorgung im dritten Kriegsjahre.

Von Regierungsrat Dr. Alexander Porvitz, Generalsekretär der Börse für landwirtschaftliche Produkte.

Mit berechtigtem Bangen trat besonders die städtische Bevölkerung in das dritte Kriegswirtschaftsjahr, wo das Durchhalten wohl seine härteste Feuerprobe zu bestehen haben wird. Wir und Ungarn werden auch in diesem Jahre, als in zwei Kriegsjahren, durch drei schlechte Ernten heimgejagt, deren Wirkungen für die Versorgung wir durch Ausnutzung aller Hilfsmittel soweit als möglich abzuschwächen uns bemühen müssen, denn sie gänzlich zu beheben, dazu reicht keine menschliche Kraft und keine Organisationskunst der Welt aus. Wir werden auch diesen sorgenvollsten alther Winter überdauern, der Hunger wird uns nicht zwingen, die siegreichen Waffen zu strecken, aber wir dürfen uns nicht blind und taub stellen. Vor allem nicht blind stellen gegen die alle Vorstellung übersteigende Teuerung der unentbehrlichsten Gegenstände des täglichen Bedarfs; das ist keine Preissteigerung mehr, sondern eine Preis anarchie, die bereits alle Grundlagen der Erzeugung und des Austausches von Waren ins Uferlose verschoben hat, die als wahre Heimtückung empfunden wird, welcher die breiten Volksschichten hilflos und wehrlos gegenüberstehen.

Zeitweilige Störungen oder Stockungen des Verkehrs gefährden aufs ärgste die geregelte und regelmäßige Versorgung der größeren Städte, insbesondere Wiens. Jede plötzliche Marktstörung führt zu einer Marktentblöhung, bringt die Masse der Verbraucher in Verwirrung, züchtet Angstkäufer, die bei behobener Marktstörung den Markt überrennen und ohne Rücksicht auf den augenblicklichen Bedarf, aus Furcht vor einer sich wiederholenden Marktstörung die Waren in jeder Menge und um jeden Preis kaufen, und der Schluß ist eine neuerliche, verstärkte Marktentblöhung.

Wirksamkeit und Erfolg vieler Maßnahmen in Ernährungsfragen hängen von dem Verhalten Ungarns ab. Vom Getreideüberschuß Ungarns werden im Frieden mehr als 93 Prozent, demnach nahezu die gesamte verfügbare Ausfuhrmenge, in Oesterreich, und zwar überwiegend in Wien und in den Alpenländern abgesetzt; es ist daher einleuchtend, daß das plötzliche Wegfallen dieser Einfuhr auf die Lebensmittelversorgung bei uns die unheilvollsten Wirkungen ausüben muß. Manche Maßnahmen der ungarischen Regierung scheinen ja förmlich darauf zugeschnitten zu sein, die österreichischen Verbraucher in eine fürchterliche Klemme einzuzwängen, denn alljährlich beobachten wir in Ungarn dieselben Erscheinungen: ein nahezu schrankenloses Recht der Selbstversorgung, solange genügend Vorräte vorhanden sind; ein mit dem Endergebnis im auffälligen Mißverhältnis stehender hoher Ansaß des zulässigen Eigenverbrauches. Es ist unjagbar traurig, daß noch immer die Einsicht sich nicht durchringen konnte, daß in zwei so eng verwachsenen Staaten es ausgeschlossen sein muß, daß die Bewohner des einen Staates ihre Mehl- und Brotversorgung nicht viel anders als in Friedenszeiten haben, während die Bewohner des anderen Staates im zweiten Kriegsjahre verschimmeltes Maisbrot essen müssen und im dritten Kriegsjahre sehr oft überhaupt nicht wissen, ob und welches Brot sie von heute auf morgen zu essen bekommen werden. Dieser Zustand muß umso peinlicher empfunden werden, als die ungarische Landwirtschaft hiedurch die besten ihrer technischen Rückständigkeit und überlebten Wirtschaftsmethoden auf uns überwälzt, obwohl die hohen Zölle hauptsächlich der ungarischen Landwirtschaft zustatten gekommen sind.

Eine beschränkte Kurzsichtigkeit war die weit über das notwendige Maß hinausgehende, nahezu gänzliche Ausschaltung jeder freien Kaufmännischen Handelstätigkeit. Buchstäblich in zwölfter Stunde ist der Versuch unternommen worden, zur Behebung der vielfachen Uebelstände sämtliche Angelegenheiten der Lebensmittelversorgung in einer selbständigen, außerhalb der Ressortministerien stehenden Zentralbehörde für die Volksernährung zusammenzufassen. Vollkommen betriebliegend dürfte diese schwierige Verwaltungsaufgabe in diesem vorgerückten Zeitpunkte wohl nicht mehr zu lösen sein, da wir ja selbst heute noch nicht den Bedarf der Bevölkerung, das Endergebnis, die verfügbaren Vorräte vollständig kennen. Diese Unfähigkeit nötigt aber zur allergrößten Vorsicht bei der Verteilungsorganisation, da sämtliche Maßnahmen auch den ungünstigsten Fall im Auge behalten müssen, und über den vollen Ernst einer solchen Möglichkeit darf sich niemand einer Selbsttäuschung hingeben. Der Angelpunkt unserer Versorgung mit Brot und Mehl liegt im dritten, ebenso wie in den beiden vorangegangenen Kriegsjahren in Ungarn, und wir wäten von vielen Bitternissen in der Brotversorgung während der ganzen Kriegszeit verschont, wenn die Ernährungsfrage von allem Anfang an in beiden Reichshälften eine gemeinsame Angelegenheit, Oesterreich-Ungarn ein einziges, einheitliches Wirtschaftsgebiet gebildet hätte.

Auch mit der tüchtigsten Organisation, mit den schärfsten staatlichen Zwangsmitteln kann aus dem vollen Erfolg erzielt werden, wenn sich der Einordnungssinn der Öffentlichkeit hinzugesellt. Wir stehen heute vor der wohl schwersten Stunde unserer wirtschaftlichen Gegenwart; es wäre eine arge Selbsttäuschung, wenn wir nicht den wirtlichen Ernst der Lage erkennen würden; nicht nur für die Helden draußen, sondern auch für uns im Hinterlande heißt es: geduldig ausstehen. Unzufriedene Vermehrung der leitenden Stellen, strenge Selbstzucht und höchstes Verantwortungsgefühl der Allgemeinheit, rücksichtslos und unterschiedslos Kampf gegen alle Ausartungen auf dem Gebiete der Lebensmittelversorgung werden die Schreckgespenst einer Lebensmittelnot bannen und kein noch so lange Kriegsdauer wird uns mehr den Erfolg unserer siegreichen Waffen entwenden können.

Die Rohstoffversorgung nach dem Kriege. Von Regierungsrat Dr. Robert Mayer, Sekretär der Bräuner Handels- und Gewerbe-Kammer.

Der Vortragende faßt zunächst die Anregungen zusammen, die Handelspolitiker, Vertreter wirtschaftlicher Körperschaften, des Handels und Gewerbes hinsichtlich der Rohstoffversorgung gegeben haben, und erwähnt auch die diesbezüglichen Vorschläge eines bekannten Industriellen und eines Führers der Industrie in der Neuen Freien Presse, vom 8. und 10. November 1916. Er führt dann folgendes aus:

Von vornherein abzulehnen sind wohl alle handelspolitischen Einfuhrverbote und Einfuhrbeschränkungen. Wenn wir zu einem dauernden Frieden kommen wollen, und dies hoffen wir doch, müssen wir auch durch einen dauernden Wirtschaftsfrieden die Grundlage für eine gesicherte und ruhige Produktion bieten. In einem solchen System ist aber für handelspolitische Einfuhrverbote, die von den übrigen Staaten wohl sofort mit derselben Maßregel und mit Ausfuhrverboten beantwortet würden, kein Platz, um so weniger, als wir und Deutschland schon im Interesse unserer Valuta das größte Gewicht darauf legen müssen, möglichst rasch und viel zu exportieren. Auch darf die Bedeutung der Einfuhr als preisregelnder Faktor, der weit wirksamer ist als Höchstpreise und andere Maßregeln, wohl nicht außeracht gelassen werden.

Die bisherigen Erfahrungen mit der Rohstoffbeschaffung im Auslande von Staats wegen und durch unsere Rohstoffzentralen lassen es als geraten erscheinen, so rasch als möglich in dieser Hinsicht die Eigenbetätigung von Industrie und Handel wachzurufen, auch aus dem Grunde, weil die Aufstellung allfälliger Rohstoffbezüge zwischen den beiden Aufstellungen allfälliger Rohstoffbezüge der Leistungsfähigkeit unserer wichtigsten Industrien beeinträchtigen müßte. Gegenüber dem Verlangen nach voller Freiheit, ohne jede Einschränkung muß wohl daran festgehalten werden, daß die Rücksichtnahme auf die wirtschaftlich schwächeren Elemente gerade in der Uebergangszeit gewisse Vorkehrungen für die Sicherung des Rohstoffbezuges der mittleren und kleineren Industrien und Gewerbsleute erfordert. Behördliche Einschränkungen der Produktion und Lagerhaltung sind nur in einer ganz kleinen Zahl von Industrien möglich, bei Industrie und Gewerbe schwer, beim Handel fast gar nicht kontrollierbar. Jede Produktionsbeschränkung müßte die Herstellungskosten wesentlich verteuern und damit unsere Exportfähigkeit herabsetzen oder aber die Inlandpreise zugunsten der Exportpreise unverhältnismäßig belasten, ganz abgesehen von der Arbeitslosigkeit und anderen Folgen derartiger Maßnahmen. Auch dürfte die Vorausbestimmung darüber, welche Rohstoffe für den Export, welche für den Inlandmarkt dienen sollen, zu meist den allergrößten Schwierigkeiten begegnen. Ob es durchsetzbar sein wird, der Bevölkerung auch nach Friedensschluß außer den durch die Teuerung unvermeidlichen Beschränkungen noch weitere staatliche Konsumregelungen aufzuerlegen, ist zweifelhaft. Die Absicht, etwa unsere gesamte Wirtschaft staatlich zu organisieren, wird bei den Praktikern des Wirtschaftslebens gerade im Hinblick auf die Erfahrungen im Kriege wenig Freunde finden, obgleich es einzelnen Industrien oder Industriegruppen vielleicht nicht unerwünscht wäre, unter staatlicher Mithilfe zu einer selbständigen, von Außenseitern unabhängigen Organisation zu gelangen. Der Kreis jener Industrien, welche monopol- oder syndikatreif sind, ist ein relativ kleiner und durch die bisherige Entwicklung beinahe gegeben. Darüber hinauszuweisen und andere weiter verzweigte Industrien in die staatliche Wirtschaft einzubeziehen, würde wohl auch hinsichtlich des finanziellen Erfolges eine mehr als zweifelhafte Maßregel bilden.

Bei Beurteilung der eben erörterten Vorschläge darf man wohl nicht außeracht lassen, daß das Valutaproblem geradezu den Angelpunkt der hier in Betracht kommenden Fragen bildet. Für die Regelung der Valutafrage müssen aber die geeigneten Maßregeln auf dem Gebiete der Valuten- und Devisenpolitik versucht werden. Produktionsbeschränkungen und Devisenregulierungen der Produktion bedeuten hierfür nur einen wenig wirksamen, unter Umständen schädlichen Umweg, denn es läuft schließlich den Interessen unserer Volkswirtschaft entgegen, Beschränkungen in der Erzeugung und Lagerhaltung etwa auch demjenigen aufzuerlegen, der ohne Inanspruchnahme und ohne Schädigung unserer Valuta in der Lage ist, Rohstoffe im Auslande zu beschaffen. Eine auf gesetzlicher Grundlage aufgebaute Devisenzentrale im Verein mit einer Verkehrszentrale nach den bekannten Vorschlägen der Bräuner Handelskammer, beraten von Vertretern der erwerbenden Stände, kann, richtig gehandhabt, das einwandfreie Mittel bilden, um die begründeten Forderungen nach freier Betätigung im Gewerbe und Handel mit den Rücksichten auf unsere Valuta und auf die wirtschaftlich Schwächeren in Einklang zu bringen.

Vor allem sind aber augenblicklich zwei Vorkehrungen wichtig. In erster Linie müssen wir dafür sorgen, daß alle im Auslande gekauften und bereits bezahlten Rohstoffe unserer Volkswirtschaft erhalten bleiben, indem man den Eignern von Regierungswegen die freie Verfügung nach Friedensschluß, allenfalls unter gewissen Einschränkungen hinsichtlich der Verwendung für Heeresbedarf oder Artikel des Massenkonsums, zusagt. In zweiter Linie muß eine Stelle geschaffen werden, in der nach Art des Deutschen Reichskommissariats für Uebergangswirtschaft die gesamten Vorkarbeiten zusammenlaufen. Daß diese Vorkarbeiten auf den verschiedensten Gebieten, namentlich auch auf rein technischem Gebiete, liegen, wird vielfach übersehen. Es ist der Sache nicht zweckdienlich, wenn diese Probleme zusammenhanglos in den verschiedensten Ministerien behandelt werden. Die Zentralstelle für Uebergangswirtschaft soll in Fühlung mit allen Erwerbszweigen die Vorbereitungen treffen, um für alle Eventualitäten des wirtschaftlichen Friedensschlusses gerüstet zu sein. Sie soll aber auch alles veranlassen, um noch jetzt im Kriege die Bereitstellung der Rohstoffe für unsere Industrie und für unser Gewerbe mit allen Kräften zu unterstützen. Hierzu zählt vor allem die Festsetzung jener Bedingungen, unter welchen private Käufer von Rohstoffen im Auslande diese feinerzeit nach Friedensschluß werden verwenden können. Der Vorschlag, schon jetzt zu bestimmen, daß in der Uebergangszeit von jedem privaten Rohstoffbezug aus dem Auslande ein gewisser, je nach der Inanspruchnahme staatlicher Mithilfe abgestufter Prozentsatz zur Versorgung der mittleren und kleinen Industrien und Gewerbebetriebe an eine geeignete Stelle abzuführen ist, dürfte vielleicht den richtigen Mittelweg darstellen, um einerseits der privaten Initiative die heute schwer vornehmte Sicherheit für ihre Beschaffung im Auslande zu bieten, andererseits aber dem be-

rechtigten Verlangen der schwächeren Elemente im Wirtschaftsleben nach staatlicher Vorsorge in der Uebergangszeit Rechnung zu tragen.

Beim Friedensschluß werden die schwierigsten Probleme an uns herantreten, die Demobilisierung, die Rückkehr vieler Millionen arbeitsfähiger Männer in ihren gewohnten Beruf, die Ueberleitung der Betriebe von der gegenwärtigen Kriegsproduktion auf die normale Friedenserzeugung, die Verwendung und Verwertung des unzähligen, für Kriegszwecke nicht mehr benötigten Materials, der Wiederaufbau zerstörter Ortschaften, all dies wird unsere Verwaltung vor ungeahnte Aufgaben stellen, für die es bisher in der Weltgeschichte an Beispielen und Erfahrungen völlig fehlt. Wer mit Erfolg Krieg führen will, muß schon im Frieden zum Kriege rüsten. Aber auch die Aufgaben nach Friedensschluß müssen, soweit menschliche Erkenntnis und Voraussicht reicht, noch im Kriege auf das sorgfältigste durchgearbeitet werden. Wir alle hoffen und wünschen, daß die unendlichen Opfer dieses Krieges nicht vergeblich waren, daß wir bald zu einem ehrenvollen, dauernden und gesicherten Frieden kommen. Die verantwortlichen Leiter unseres Staates werden aber mögen ohne Verzug alles Erreichbare vornehmen, daß der Uebergang zur Friedenswirtschaft uns vorbereitet finde und daß rechtzeitig die Grundlagen für eine gesicherte Produktion und damit für das Gedeihen unseres Staates geschaffen werden.